



### **SPD-Spitze im Kreis Groß-Gerau solidarisiert sich mit in der Türkei verhaftetem deutschen Journalisten Yücel**

*Gemeinsame Erklärung von Gerold Reichenbach MdB, Kerstin Geis MdL, Gerald Kummer MdL, Landrat Thomas Will, Jan Deboy, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, und David Rendel, Vorsitzender der Jusos im Kreis Groß-Gerau:*

"Wir solidarisieren uns mit Deniz Yücel. Wir fordern die sofortige Freilassung von Yücel aus der U-Haft und ein faires Verfahren für den Journalisten, das rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt. Die besondere Garantie der Pressefreiheit ist eine fundamentale Maxime der Demokratie. Wo die Presse nicht frei über Unrecht, Korruption oder Machtmissbrauch berichten darf, kann keine freie Meinungsbildung und damit

#### **Kontakt:**

Gerold Reichenbach, MdB  
Bundestag  
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544  
11011 Berlin  
Tel. +49 30 227 72150  
Fax: +49 30 227 76156  
Mail:

[gerold.reichenbach@bundestag.de](mailto:gerold.reichenbach@bundestag.de)

#### **Homepage:**

<http://www.gerold-reichenbach.de>

#### **Redaktion:**

Carolin Lühe

#### **V.i.S.d.P.:**

Gerold Reichenbach, MdB

### **Verkauf von Opel an PSA- Transparenz ist das Gebot der Stunde**

Zu dem am 06.03.2017 verkündeten Verkauf von Opel an den französischen Autokonzern PSA Peugeot Citroen, erklärten Gerold Reichenbach sowie sein Nachfolger, der Wahlkreiskandidat und Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag Groß-Gerau, Jan Deboy:

„Es ist besonders gegenüber den Arbeitnehmern von Opel wichtig, dass nach der zunächst schlechten Informationspolitik und der Missachtung der Mitbestimmungsrechte im weiteren Übernahmeprozess Transparenz und die umfassende Beteiligung der Arbeitnehmervertretung gewährleistet sind. Sowohl General Motors (GM), als auch PSA sind aufgefordert, die Opel-Betriebsräte in dem nun anstehenden Übergangsprozess in vollem Umfang mit einzubinden.“ Positiv hervorzuheben ist, dass nach bisherigen Informationen von PSA, die bestehenden Verträge über die Standorte, die Beschäftigten und Investitionen erhalten bleiben sollen und Opel als eigenständige Marke mit eigenständigen Management fortgeführt werden soll. Für die Region sei zudem wichtig, dass nicht nur der Produktionsstandort, sondern auch das Entwicklungszentrum in Rüsselheim eine klare Zukunftsperspektive über das Jahr 2018 beziehungsweise 2020 hinaus erhielten, erläutern Reichenbach und Deboy weiter.



Am 10.03 traf sich Gerold Reichenbach am Rande des Plenums mit Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries sowie den Abgeordneten Gustav Herzog und Michael Hartmann um über die Zukunft Opels zu sprechen. Dabei betonten alle wie wichtig es ist, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Außerdem müsse Opel eine eigenständige Marke mit eigenem Management bleiben. „Opel soll Opel bleiben“ so die Bundeswirtschaftsministerin.

kein friedlicher Interessenausgleich stattfinden. Das Vorgehen gegen Yücel ist vor dem Hintergrund der Verhaftungswellen gegen Richter, Staatsanwälte und andere Staatsbedienstete sowie frei gewählte Abgeordnete ein weiterer Schritt vorsätzlicher Missachtung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen durch die Regierung in der Türkei.“

**SPD-Fraktion verabschiedet Frank-Walter Steinmeier**

Frank-Walter Steinmeier wird der nächste Bundespräsident. Die SPD-Fraktion überreichte ihrem scheidenden Mitglied am vergangenen Dienstag ein Fotobuch als Erinnerung. SPD-Fraktionschef Oppermann lobte Steinmeiers Arbeit als sein Vorgänger an der Fraktionsspitze. Steinmeier habe in der Oppositionszeit durch seine Arbeit am Zukunftskonzept Deutschland 2020 mit dafür gesorgt, dass die jetzige Regierung so gut dastehe.

Frank-Walter Steinmeier machte deutlich, dass er nach der Wahl 2009 viel Vorschuss an Vertrauen von den Abgeordneten bekommen habe. Die vier folgenden Jahre als Fraktionsvorsitzender hätten ihn sehr geprägt.

Gut siebeneinhalb Jahre war Frank-Walter Steinmeier Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. In seinem Brandenburger Wahlkreis wurde er 2009 und 2013 direkt gewählt. Von September 2009 bis Dezember 2013 war Steinmeier Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und damit Oppositionsführer im Bundestag. Nach der Bundestagswahl 2013 wurde er Außenminister.

Im November 2016 hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Steinmeier als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten

**Position der SPD-Bundestagsfraktion zu deutsch-türkischen Konflikten**

Zurzeit ist das Verhältnis zwischen Deutschland und der türkischen Regierung angespannt und schwierig. Das hat vielerlei Gründe, nicht zuletzt wegen des anstehenden Referendums über eine Verfassungsänderung in der Türkei, mittels derer sich Präsident Erdogan erhebliche Macht verschaffen will. Kritiker warnen vor autokratischen Verhältnissen. Die SPD-Fraktion plädiert für Besonnenheit.

Anlässlich der nahenden Abstimmung in der Türkei betreiben türkische Regierungsmitglieder in Deutschland massiv Wahlwerbung für Erdogan und machen dabei auch vor üblen Polemiken gegen die deutsche Regierung nicht Halt. So war zuletzt davon die Rede, die Bundesregierung bediene sich Nazi-Methoden, weil einige Auftritte nicht wie geplant stattfinden konnten. Viele in der deutschen Politik und den Medien fordern nun, derartige Wahlkampfauftritte in deutschen Städten zu verbieten.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagt: „Die Situation in der Türkei ist erschreckend“. Erdogan habe die Türkei wirtschaftlich fast ruiniert. „Sie wollen Feindbilder schaffen, um von den eigenen schweren Versäumnissen abzulenken.“ Oppermann bezog sich damit auf die besagten Nazi-Vergleiche türkischer Regierungsmitglieder. Offenbar sei sich Erdogan einer Mehrheit für seine Verfassungsreform nicht mehr sicher. Die Nazi-Vergleiche wies Oppermann als „absurd und hanebüchen“ zurück. Es sei zudem ein Widerspruch, wenn sich die türkische Regierung bei ihren Wahlkampfauftritten in Deutschland auf die Meinungsfreiheit berufe, die sie selbst in der Türkei mit Füßen trete. Oppermann stellte in dem Zusammenhang klar: „Mir bereitet es großes Unbehagen, wenn türkische Politiker in Deutschland Werbung für eine Verfassungsreform machen wollen, mit der die Macht des Parlamentes und damit die demokratische Gewaltenteilung in der Türkei deutlich eingeschränkt würden. Ich bin nichtsdestotrotz der Ansicht: Gerade weil wir die Meinungsfreiheit in unserem Land achten, sollten wir diese Auftritte ertragen.“ Zugleich betonte er: „Wer wie die Türkei diese Grundrechte nicht beachtet, wird weiterhin mit unserem lauten Widerspruch rechnen müssen. Dabei lassen wir uns weder einschüchtern noch provozieren. Das gilt auch mit Blick auf absurde Anschuldigungen oder Drohungen, wenn deutsche Kommunen von ihrem Recht Gebrauch machen, Veranstaltungen türkischer Politiker im öffentlichen Raum wegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzusagen. Oppermann sprach sich dennoch gegen ein generelles Auftrittsverbot aus, weil man damit Erdogan nur einen Gefallen tue.“

Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hofft nach einem Treffen mit seinem türkischen Kollegen Mevlüt Cavusoglu auf eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen beider Länder. „Wir waren uns einig, dass keine der beiden Seiten ein Interesse daran hat, die Beziehungen nachhaltig zu beschädigen“, sagte Gabriel nach dem Gespräch. Er stellte eine klare Forderung auf: Weitere Nazi-Vergleiche der türkischen Regierung dürfe es nicht geben. „Es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten darf“.

vorgeschlagen. Er wurde als gemeinsamer Kandidat von SPD und Union nominiert und am 12. Februar zum zwölften Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt und wird am 22. März die Amtsgeschäfte von Joachim Gauck übernehmen. Steinmeier ist nach Gustav Heinemann und Johannes Rau der dritte Bundespräsident aus den Reihen der Sozialdemokratie. Frank-Walter Steinmeier legte sein Bundestagsmandat am 24. Februar nieder. Für ihn rückt die Brandenburgerin Angelika Krüger-Leißner nach. Sie ist keine Unbekannte im Bundestag, sondern gehörte dem Parlament bereits von 1998 bis 2013 an.

SPD-Fraktion will Ehe für alle  
Mittlerweile gilt allein in 14 europäischen Ländern die Ehe für alle. Darunter sind auch katholisch geprägte Gesellschaften wie in Spanien oder Portugal. Dort dürfen homosexuelle Paare heiraten. Deutschland hinkt hinterher. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Homosexuelle genauso die Ehe eingehen können wie Heterosexuelle. Das war am Mittwoch Gegenstand einer Debatte im Deutschen Bundestag.

„Wenn es keine Gleichstellung gibt, dann ist das Diskriminierung“, stellte der Beauftragte für die Belange von Lesben und Schwulen der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs fest. Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion beim nächsten Koalitionsausschuss einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe vorlegen werde. Kahrs drückte seine Hoffnung aus, dass der Bundestag noch in dieser Wahlperiode die Ehe für alle beschließt.

„Es geht um Menschen, die in Liebe verbunden sind und die gegenseitig Verantwortung übernehmen“, darauf wies der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz

Das Gespräch sei gut, ehrlich und freundlich, aber auch „hart und kontrovers in der Sache“ gewesen. Er habe mit Cavusoglu über alle zwischen Berlin und Ankara strittigen Themen gesprochen, also das türkische Verfassungsreferendum, den Fall des inhaftierten deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel und die Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland.

Gabriel wie auch die SPD-Bundestagsfraktion haben kein Interesse an einer Eskalation und wollen die Gespräche mit der türkischen Regierung über alle Themen fortsetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die sofortige Freilassung von Deniz Yücel und ein faires rechtstaatliches Verfahren zur Aufklärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Gleiches gilt für alle anderen zu Unrecht inhaftierten Journalisten in der Türkei. Presse- und Meinungsfreiheit sind in einer Demokratie nicht verhandelbar.

Zur Position der SPD-Bundestagsfraktion: In Deutschland leben mehr als drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln, davon hat etwa die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir haben eine lange gemeinsame Geschichte. Viele dieser Menschen nehmen weiterhin regen Anteil an den wirklich dramatischen politischen Entwicklungen in der Türkei. Das respektieren wir. Aber wir wollen auch nicht, dass die innenpolitischen Auseinandersetzungen aus der Türkei zu uns nach Deutschland getragen werden. Das vertreten wir auch gegenüber der Türkei.

Die hier lebenden Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit haben das Recht und die Möglichkeit, sich auch an dem anstehenden Verfassungsreferendum in der Türkei in diesem April zu beteiligen. Es ist für uns ein wichtiger Punkt, dass Türcinnen und Türcen, die bei uns leben und unseren Rechtsstaat und die demokratischen Rechte ausführlich erleben, die Gelegenheit haben, auf diese Art und Weise ihre demokratischen Rechte gegenüber ihrem anderen Heimatland wahrzunehmen. Denn diese Veränderung der türkischen Verfassung ist eine historische Entscheidung.

Was die Wahlkampfauftritte betrifft: Für Versammlungen in Deutschland sind nach der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes die Versammlungsbehörden der Bundesländer verantwortlich, für Ruhe, Ordnung und einen ordnungsgemäßen Ablauf einer solchen Versammlung zu sorgen und in diesem Rahmen darüber zu entscheiden, in welcher Weise auch Funktionsträger anderer Staaten daran teilnehmen können.

### **Maß und Mitte bei Managergehältern wiederherstellen**

Wer Außergewöhnliches leistet, Verantwortung übernimmt oder hohe persönliche Risiken trägt, der hat ein hohes Gehalt verdient. Heute übersteigt ein Vorstandsgehalt in börsennotierten Unternehmen allerdings im Schnitt mehr als das 50-fache des Durchschnittsverdiensts im Betrieb. Ob solche exorbitanten Gehälter durch eine entsprechende Leistung gerechtfertigt sind, darf angezweifelt werden.

Wir führen keine Neiddebatte: Guter Lohn für gute Arbeit und Leistung liegt nicht nur im Interesse der Beschäftigten.

Brunner hin. Er und auch die Berliner SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert sprachen sich dafür aus, dass die Entscheidung über die Öffnung der Ehe als Gewissensentscheidung freigegeben werden sollte.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hatte die Union zuvor aufgefordert, „endlich über ihren Schatten zu springen und die Ehe für alle nicht weiter zu blockieren.“ Mehrheit für Gleichberechtigung 83 Prozent der Bevölkerung sind für die Ehe für alle und wollen damit eine rechtliche Gleichstellung. Die Öffnung der Ehe führt auch zum vollen Adoptionsrecht für verheiratete Homosexuelle, was für Paare, die eine Lebenspartnerschaft eingegangen sind, nicht besteht.

Die damalige rot-grüne Bundesregierung führte 2001 die Lebenspartnerschaft ein. Seitdem können homosexuelle Paare eine Lebenspartnerschaft eingehen. Damit verbunden sind eheähnliche Pflichten. Weil Rot-Grün keine Mehrheit im Bundesrat hatte, blieben noch weitergehende Schritte aus. Von Beginn an stellte sich die Union dagegen. Einige von der Union regierte Bundesländer klagten vor dem Bundesverfassungsgericht und unterlagen.

Weitere Verbesserungen für Lebenspartnerschaften musste die Union dann im Bund umsetzen, weil das Bundesverfassungsgericht entsprechend entschieden hatte. Dazu gehörte unter anderem auch die so genannte Sukzessivadoption. Diese ist dann gegeben, wenn eingetragene Lebenspartner und Lebenspartnerinnen die von ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin adoptierten Kinder adoptieren.

Das Prinzip stärkt zugleich die Akzeptanz unserer sozialen Marktwirtschaft – solange es fair und gerecht zugeht. Heute aber werden Zusatzleistungen und Boni oft sogar dann noch gezahlt, wenn ein Unternehmen wegen Missmanagements Verluste macht und Beschäftigte um ihren Job zittern müssen. Viel zu häufig sind die Vergütungsstrukturen ausschließlich auf den kurzfristigen Erfolg der Unternehmen ausgerichtet.

Das empfinden viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hart arbeiten und die sich im Gegensatz zu manchem Top-Manager keine Fehler erlauben dürfen, zu Recht als ungerecht. Die Praxis hat gezeigt: Die freiwilligen Regelungen, die sich die deutsche Wirtschaft mit dem „Corporate Governance Kodex“ für ihre Spitzenverdiener selbst gegeben hat, sind ohne Wirkung geblieben. Wir wollen wieder für Maß und Mitte bei der Vergütung von Managern und Vorständen sorgen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Angemessenheit von Vorstandsvergütungen und zur Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit vorgelegt. Damit soll die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern auf 500.000 Euro begrenzt werden. Werden dennoch überhöhte Managergehälter gezahlt, so müssen Eigentümer diese in stärkerem Maße aus dem eigenen Gewinn finanzieren. Darüber hinaus wollen wir die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften verpflichten, eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen des jeweiligen Unternehmens zu definieren, die nicht überschritten werden darf. Im Falle einer schlechten Leistung oder regelwidrigen Verhaltens eines Vorstandsmitglieds wird ein gesetzlicher Anspruch auf Herabsetzung oder Rückforderung von Bezügen eingeführt.

Wir wollen den Gesetzentwurf möglichst noch in dieser Legislaturperiode umsetzen. Unser Koalitionspartner hat zwar grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, einzelne SPD-Vorschläge, etwa die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit hoher Managergehälter, jedoch bereits zurückgewiesen. Nun liegt es an der Union zu zeigen, wie ernst es ihr damit ist, exzessive Gehälter und Zusatzleistungen für Manager einen Riegel vorzuschieben.

### **Keine Gesichtsverhüllung in der öffentlichen Verwaltung**

Am Donnerstag hat das Parlament in 1. Lesung einen Gesetzentwurf zu „bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung“ beraten (Drs. 18/11180).

Die Bürgerinnen und Bürger sollen Amtspersonen im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung erkennen können. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition sollen Beamtinnen und Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten verpflichtet werden, ihr Gesicht bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug nicht zu verhüllen. Der Gesetzentwurf betrifft Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Soldatinnen und Soldaten sowie Bundesrichterinnen und Bundesrichter, aber auch Richterinnen und Richter im Landesdienst. Er betrifft zudem Wahlvorstände und Wahlhelfer sowie Personen, die ihre Identität nachweisen müssen.